N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 26.09.2008, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebier Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Sauer, Schaffner, Scherer, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

Marburger Linke: Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Gottschaldt, Metz, Schäfer

FDP: Sawalies, Schwebel

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadträte Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Stötzel

Es fehlten entschuldigt:
Stadträte Reinhard, Sprywald, Stürmer,
Stadtverordnete Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Röhrkohl (CDU), Prof. Dr. Simon (CDU)

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Anschließend gedenken alle Anwesenden in einer Schweigeminute der verstorbenen ehrenamtlichen Stadträtin und Stadtverordneten Louisa Biland. Der Stadtverordnetenvorsteher geht in einer kurzen Würdigung auf die langjährige Tätigkeit von Louisa Biland für die Universitätsstadt Marburg und die erworbenen Verdienste ein.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 26. September 2008 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen drei Dringlichkeitsanträge vor.

1. Dringlicher Antrag aller Fraktionen betr. Qualität des Schienenpersonennah- und Schienenpersonenfernverkehrs für Marburg sichern.
VO/0753/2008

Der Antrag wurde bereits in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates besprochen. Die Fraktionen haben vereinbart, die Vorlage als TOP 12.1 in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Antrag liegt allen Stadtverordneten in gedruckter Fassung vor.

2. Dringlicher Antrag der FDP-Fraktion betr. Problemfeld Marburg Mitte
VO/0736/2008

Auch dieser Antrag wurde in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates besprochen. Zunächst begründet die Stadtverordnete Schwebel die Vorlage zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Becker (SPD).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der FDP und der CDU die Dringlichkeit. Damit ist die von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte Mehrheit von 2/3 des Hauses nicht erreicht.

Der Antrag kann somit nicht in die Tagesordnung mit aufgenommen werden.
Er soll in das übliche Geschäftsordnungsverfahren eingebracht werden.

3. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Sicherheitsdienst in Marburg-Mitte
VO/0755/2008

Auch zu diesem Antrag konnte in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates keine Aufnahme in die Tagesordnung vereinbart werden. Zunächst begründet die Stadtverordnete Dr. Röder (CDU) die Vorlage zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Gegen die Aufnahme dieses Antrages in die Tagesordnung wird aus dem Hause gesprochen. Somit lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen.

Die Aufnahme der Vorlage in die Tagesordnung wird unterstützt von den Fraktionen der CDU und der FDP.
Damit ist die von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte Mehrheit von 2/3 des Hauses jedoch nicht erreicht.

Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden,
sondern wird im üblichen Ausschuss-Verfahren beraten.

Weiterhin gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen und empfohlenen Zurückstellungen. Der Stadtverordnete Becker (SPD) beantragt, den Tagesordnungspunkt 13.5 Antrag der Fraktionen CDU und FDP betr. Bürgersteig Frankfurter Straße VO/0646/2008 heute abzustimmen, obwohl er im Bau- und Planungsausschuss zurückgestellt wurde. Über diesen Geschäftsordnungsantrag lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL, sowie bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag wird angenommen. Die Vorlage wird heute zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnete Schwebel (FDP) beantragt zu diesem Tagesordnungspunkt nachträglich die Aussprache.

Dagegen wird nicht gesprochen, so dass dies als vereinbart gilt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 1 10/2008)**
Vorlage: VO/0726/2008

Kann der Magistrat Auskunft geben, wie sich die Preise für die Verwertung von Altpapier in den letzten zehn Jahren entwickelt haben und wie diese Entwicklung den Kommunen oder den Bürgern zu Gute kommt?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Bis Ende der 90er Jahre wurde Altpapier kostenneutral verwertet bzw. teilweise mit geringer Zuzahlung.

In den letzten 3 - 4 Jahren haben sich die Verwertungserlöse für Altpapier nach oben entwickelt. Teilweise wurden auf dem freien Markt Preise von 60,00 - 90,00 € pro to vergütet. Zur Zt. sind die Erlöse wieder tendenziell rückläufig.

Da das in der Stadt Marburg gesammelte Altpapier dem Landkreis Marburg-Biedenkopf angedient wird, fließen die Erlöse auch in den dortigen Müllgebührenhaushalt. Nach Auskunft des Landkreises Marburg-Biedenkopf werden die Altpapiererlöse voll in die Gebührenberechnung mit einbezogen und kommen den Bürgerinnen und Bürgern auf diesem Weg zu Gute.

---

zu 4.2 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhard Weber-Hofmann (Nr. 2 10/2008)**
Vorlage: VO/0782/2008

Wie hoch ist derzeit der effektive Betreuungsschlüssel in Krippen, Kindertagesstätten (auch altersübergreifende Gruppen) und Horten der Universitätsstadt Marburg (städtische Einrichtungen und Einrichtungen freier Träger)?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Alle Tageseinrichtungen für Kinder, von der Krippeneinrichtung bis zum Hort, sind mit dem gleichen Personalschlüssel ausgestattet, der auf der Verordnung des Landes Hessen über „Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder“ basiert und vorgeschrieben ist.

Gemäß dieser Verordnung müssen für jede Kindergruppe mindest 1,5 Fachkräfte während der Öffnungszeit zur Verfügung stehen.
Eine über diese Verordnung hinausgehende Personalausstattung liegt im Ermessen der Kommunen.
So gewährt die Universitätsstadt Marburg über diesen vorgeschriebenen Personalschlüssel hinaus für jede Vollzeitkraft fünf Stunden Vorbereitungszeit pro Woche, für Teilzeitkräfte 2,5 Stunden.
Den Leitungskräften stehen pro Gruppe 5 Stunden für Leitungstätigkeiten zur Verfügung.

Da es sich bei der Verordnung um Mindestvoraussetzungen handelt, ist es für eine qualifizierte pädagogische Arbeit unumgänglich, diese Arbeit vorzubereiten

und zu reflektieren. Hierfür stehen 5 Stunden Vorbereitungszeit zur Verfügung. Leitungskräfte haben eine hohe Verantwortung für die Bereiche Organisation, Pädagogik und Personal für ihre Einrichtung; diese Aufgaben können nur durch zusätzliche Zeiten (5 Stunden pro Gruppe) geleistet werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Busch (Nr. 3 10/2008)
Vorlage: VO/0727/2008

Warum gibt es auf der Homepage der Stadt Marburg nicht eine Rubrik bzw. einen Reiter zum Thema Umwelt bzw. Umwelt und Natur, wie in vielen anderen vergleichbaren Städten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Grundsätzlich ist vorab anzumerken, dass es diesen (wir nennen es Navigationspunkt) auf www.marburg.de <http://www.marburg.de> gibt. Allerdings ist dieser Navigationspunkt nicht in der ersten Ebene platziert, sondern im Bereich Service.

Bei der Neukonzeption des Internetauftritts der Stadt Marburg im Jahre 2004 wurden in der Arbeitsgruppe Internet (Mitglieder der Stadt Marburg, Stadtwerke, GeWoBau, MTM, DBM) in Verbindung mit der Firma, von der die Software für das Content-Management-System (CMS) geliefert wurde, einige wesentliche Kriterien festgelegt.

So wurde z. B. festgelegt, dass die oberste Navigation aus 4 Hauptnavigationspunkten bestehen soll, die das Spektrum der Dienstleistungen und Angebote einer Stadtverwaltung und ihrer Gesellschaften auf den ersten Blick widerspiegeln.

Ebenso wurde festgelegt, dass die Navigationsstruktur möglichst kompakt gestaltet werden soll, damit die Internetbesucher spätestens nach dem dritten Klick die jeweilige Ziel-Navigation erreicht haben (keine Endlosnavigationen). Diese Vorgaben wurden aufgrund der praktischen Erfahrungen im Verhalten von Internetbenutzern gemacht, aber auch wesentlich um die Barrierefreiheit des Auftrittes zu gewährleisten.

Die 4 Schwerpunkthemen wurden somit wie folgt festgelegt:

Service & Rathaus Tourismus & Kultur Uni & Wirtschaft Gesellschaften

Unter diese Hauptnavigationspunkte hatten sich alle anderen Informationsbereiche unterzuordnen, auch wenn sie einzelnen als besonders wichtig erschienen. Als Schwerpunkt des Hauptnavigationspunktes **Service & Rathaus** wurde der Bereich **Service** gesehen, der genau diese im Antrag angesprochenen Themenschwerpunkte, wie z. B. Umwelt und Natur aufnehmen sollte.

Somit wurden in dem Bereich **Service** die Themenschwerpunkte Planen und

Bauen, Familie, Jugend, Soziales, Schule und Bildung, Umwelt und Natur und Sport und Bäder gebildet, die von eigenen Internet-Redakteuren in der Verwaltung betreut werden.

Grundsätzlich lässt sich zu dem Antrag sagen, dass der Aufbau und die Gestaltung eines Internetauftrittes einer Stadtverwaltung in vielerlei Hinsicht möglich sind. Dies zeigen auch die im Antrag erwähnten Auftritte der Städte Freiburg, Tübingen und Heidelberg. Die Gestaltung hängt hierbei u. a. von der Gesamtkonzeption, von der CMS-Software, mit der der Auftritt gestaltet wird, der Frage der Barrierefreiheit und anderen Faktoren ab.

Die Stadtverwaltung Marburg hat den oben beschriebenen Weg beschritten und die Homepage in der zurzeit vorliegenden Form gestaltet. Allerdings muss auch erwähnt werden, dass es nicht möglich ist, alle Informationen bzw. Themenschwerpunkte an exponierter Stelle des Auftritts anzubieten, da darunter die Übersichtlichkeit leiden würde.

Nicht zu vergessen sei an dieser Stelle auch, dass das Benutzerverhalten aber auch zeigt, dass eine wachsende Zahl der Benutzer über die Suchfunktion ihre Informationen in den Internetauftritten suchen, da sie es aus den Suchmaschinen von Google oder Yahoo, MSN, etc. her so gewohnt sind.

Somit ist es besonders wichtig, dass die Suchfunktion an exponierter Stelle im Auftritt steht und die gewünschten Informationen über die Suche gefunden werden.

Natürlich unterliegt auch der städtische Internetauftritt einer ständigen Weiterentwicklung, wie z. B. die multimedialen Darstellungen im linken Teil der Startseite zeigen, die auf äußerst positive Resonanz gestoßen sind.

Die AG Internet ist für Anregungen offen und wird auch in Zukunft weiter an der Verbesserung und Optimierung von www.marburg.de <http://www.marburg.de> arbeiten.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Busch (Nr. 4 10/2008)
Vorlage: VO/0729/2008

Ist der neuerdings in der Stadtbücherei erhältliche Kaffee ökologisch produziert und fair gehandelt?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Kaffeeautomat einschließlich der Produkte wie die Kaffeesorte wurden von der Fa. Cafébar Deutschland GmbH im Rahmen eines Dienstleistungspakets geliefert, das einen eigenen Bestell- und Lieferservice, den sofortigen technischen Vor-Ort-Service und eine Garantiezeit für das Gerät von 54 Monaten umfasst.
Die Kaffeesorte des in der Stadtbücherei erhältlichen Kaffees wird momentan jedoch leider nicht ökologisch produziert oder speziell „fair" gehandelt.

Dennoch hat sich die Stadtbücherei aus folgenden Gründen für eine probeweise Aufstellung entschieden:

1. Bei dem in der Stadtbücherei aufgestellten Kaffeeautomaten handelt es sich um einen Espressoautomaten, der gezielt für kleine und mittelgroße Unternehmen entwickelt worden ist, und sechs verschiedene Getränkevarianten anbietet (Kaffee, Espresso, Cappuccino, Latte Macchiato, Wiener Melange, Schokolade). Damit eine konstant hohe geschmackliche Qualität der unterschiedlichen Kaffees erzielt wird, bezieht die Fa. Cafébar über eigene Röstereien diverse Kaffeesorten, die speziell auf die Funktionen der ebenfalls selbst entwickelten Geräte abgestimmt werden. Die zurzeit eingesetzte Kaffeesorte wurde bei der Installation von den Technikern in mehreren Stunden Arbeitsaufwand an die Erfordernisse jedes einzelnen Getränks individuell angepasst (Brühmenge, Röstgrad, Wassertemperatur, Kaffeestärke). Von Seiten der Benutzer wird der sehr gute Geschmack der verschiedensten Kaffeesorten bisher ausdrücklich gelobt.

2. Neben den geschmacklichen Aspekten spielt die Wirtschaftlichkeit eine besondere Rolle. Um den eigenen Personalaufwand (Bestellung von Produkten, schnelle Lieferung vor Ort, Wartung etc.) so gering wie möglich zu halten, erfolgen sämtliche Vorgänge ohne Zwischenhändler direkt über den Kundenservice des Anbieters.
   Als einziger der in Frage kommenden Automatenhersteller verlangt die Fa. Cafébar keinen Mindestumsatz und bietet gleichzeitig einen kostenlosen Wartungsservice inkl. dem jährlichen Austausch der mehrere hundert Euro teuren Wasserfilter an. Voraussetzung ist jedoch, dass die Produkte wie der Kaffee, das Kakaopulver, die Milchprodukte usw. über die Firma bezogen werden.

Beim Einsatz fremder Kaffeesorten würde der Aufwand für die Installationen, Programmierungen, Wartungen, Fehlerbeseitigungen oder den regelmäßigen Austausch der Filter in Rechnung gestellt, so dass aufgrund der zu erwartenden hohen Kosten auf einen Einsatz des Geräts in der Stadtbücherei verzichtet werden müsste.

Die Fa. Cafèbar plant jedoch wegen der steigenden Nachfragen im nächsten Jahr eine eigene ökologisch produzierte Kaffeesorte auf den europäischen Markt zu bringen, so dass dann auch die Stadtbücherei nach Prüfung auf eine solche Marke umsteigen könnte.

Um 17:40 Uhr übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Nr. 5 10/2008)
Vorlage: VO/0771/2008

Trifft es zu, dass der Landeswohlfahrtsverband (LWV) entweder beabsichtigt, einen erheblichen Teil seines Grundbesitzes an der Cappeler Straße an die Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) zu verkaufen oder dies schon getan hat, um wie viele Quadratmeter würde es sich zutreffendenfalls handeln, wie hoch ist/war der Kaufpreis und welche Absichten würden mit einer Vermarktung verfolgt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die SEG hat nie beabsichtigt, einen Teil des Grundbesitzes des LWV an der Cappeler Straße zu erwerben. Zwischen der SEG und dem LWV bestand bis Juli 2007 lediglich eine Vereinbarung dahingehend, den LWV bei der Vermarktung seiner Flächen zu unterstützen.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 6 10/2008)
Vorlage: VO/0735/2008

In welcher Weise würden bei einer etwaigen Bebauung des Geländes des Zentrums für Soziale Psychiatrie die einstimmigen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Mai 2005 sowie der Denkmalschutz berücksichtigt und wie würden die betroffenen Ortsbeiräte, der Sprecherrat der Sozialen Stadt, die Stadtteilgemeinden Richtsberg und Hansenhaus sowie die Bevölkerung insgesamt vor Aufstellung eines zu ändernden Bebauungsplanes gehört?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Fall des anstehenden Neubaues Jugendforensik entspricht der genehmigte Bauantrag voll der Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Mai 2005. Der Neubau soll im Kernbereich des Geländes des Zentrums für Soziale Psychiatrie entstehen, der auch weiterhin gemäß dem Stadträumlichen Strukturkonzept ausschließlich für Klinikszwecke zur Verfügung steht. Dieser Bauantrag ist im Vorfeld mit der Denkmalschutzbehörde abgestimmt worden. Der Denkmalschutzbeirat hat in seiner Sitzung am 08. April 2008 diesem Antrag zugestimmt.

Für aufzustellende oder zu ändernde Bebauungspläne auf dem Gelände des Zentrums für Soziale Psychiatrie bildet das Stadträumliche Strukturkonzept die Grundlage. Im Rahmen der Erstellung dieser Rahmenplanung hat eine umfangreiche Öffentlichkeitsbeteiligung stattgefunden. Damit ist gewährleistet worden, dass die betroffenen Ortsbeiräte, der Sprecherrat „Soziale Stadt", die Stadtteilgemeinden Richtsberg und Hansenhaus sowie die Bevölkerung insgesamt vor Aufstellung eines Bebauungsplanes umfangreich beteiligt worden sind.

Falls es zur Aufstellung eines Bebauungsplanes kommt, sieht das Baugesetzbuch auf der Grundlage des § 3 BauGB eine frühzeitige Bürgerbeteiligung vor (Vorentwurf). Im Rahmen der Offenlage des Entwurfes wird die Öffentlichkeit eines zweites Mal beteiligt. Während dieser Beteiligungsschritte, die zwingend bei einem Bauleitplanverfahren zu durchlaufen sind, werden die betroffenen Ortsbeiräte, der Sprecherrat „Soziale Stadt", die Stadtteilgemeinden Richtsberg und Hansenhaus sowie die Bevölkerung insgesamt erneut angehört.

Auch zukünftig sind Neu-, Erweiterungs- und Umbauten im Kernbereich ohne weiteres zulässig, sofern sie dem Klinikszweck dienen. Konkret geplante Vorhaben - vom Neubau Jugendforensik abgesehen - sind dem Magistrat aber nicht bekannt.

Außerhalb des Kernbereiches sind dem Magistrat keine aktuellen Bauentwicklungen bekannt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) und Hussein (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.7 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 7 10/2008)**
Vorlage: VO/0767/2008

Ist dem Magistrat bekannt, inwieweit gezielte Umschulungen von Beschäftigten im Rhön-Klinikum durchgeführt und über den Sozialfond finanziert werden und ob Arbeitsmöglichkeiten im Klinikum geschaffen werden, z. B. Klinikums-Fahrer?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nein, dieses ist dem Magistrat nicht bekannt und eine klinikumsinterne Angelegenheit. Es muss der Rhön AG als privatem Eigentümer zugestanden werden, nicht über alle internen Angelegenheiten Auskunft geben zu müssen.

---

zu 4.8 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 8 10/2008)**
Vorlage: VO/0768/2008

Ist dem Magistrat bekannt, ob die geplante Anpassung der Tarife auch für die über das DRK angestellten Auszubildenden im Rhön-Klinikum erfolgen, und wenn nicht, warum nicht?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nein, dieses ist dem Magistrat nicht bekannt und eine klinikumsinterne Angelegenheit. Es muss der Rhön AG als privatem Eigentümer zugestanden werden, nicht über alle internen Angelegenheiten Auskunft geben zu müssen.

---

zu 4.9 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Rainer Flohrschütz (Nr. 9 10/2008)**
Vorlage: VO/0769/2008

Ist dem Magistrat bekannt, ob Auszubildende nach Abschluss ihrer Qualifizierung im Rhön-Klinikum weiter beschäftigt werden und wie lange, oder ob eine Beschäftigung nach der Ausbildung nicht stattfindet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nein, dieses ist dem Magistrat nicht bekannt und eine klinikumsinterne Angelegenheit. Es muss der Rhön AG als privatem Eigentümer zugestanden werden, nicht über alle internen Angelegenheiten Auskunft geben zu müssen.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 10 10/2008)
Vorlage: VO/0772/2008

Wann gedenkt der Magistrat die Vorschläge des Ortsbeirates Richtsberg zur Verkehrsberuhigung umzusetzen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zur Umsetzung der umfangreichen Vorschläge des Ortsbeirates Richtsberg wird durch die zuständigen Fachdienste ein Gesamtkonzept erstellt. Dabei ist auch die Frage der Finanzierung mit entsprechenden Fördermitteln zu klären. Ein konkreter Zeitpunkt kann derzeit nicht genannt werden.

Maßnahmen, die aus Mitteln der laufenden Unterhaltung finanziert werden konnten, sind bereits umgesetzt.

Der Oberbürgermeister berichtet weiterhin ausführlich über die vom Ortsbeirat gewünschten Maßnahmen und die entsprechenden Diskussionsergebnisse aus der AG Verkehr.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 11 10/2008)
Vorlage: VO/0777/2008

Was ist der Stand der Umsetzung des Projektes „Interkulturelle Gärten" auf dem Gelände des LWV (Sozialpsychiatrie)?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Projekt „Richtsberggärten" gehört der Stadterneuerung Richtsberg an und wird über das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt" gefördert; die Projektleitung ist beim Fachdienst 61 angesiedelt.

Die Planungen und Vorgespräche für den baulichen Part (Leitungen, Versammlungs- und Gerätehäuschen, Toilette) sind abgeschlossen; die Ausschreibungen laufen zurzeit. Es ist beabsichtigt, die Bauarbeiten in diesem Jahr zu beenden.

Im Sommer wurde den Interessenten vor Ort das Projekt vorgestellt und das Gelände erkundet. Eine erste Verteilung der Parzellen wurde mit den zahlreich erschienenen Nutzern besprochen. Es werden ca. 30 Parzellen entstehen.

Am 11.10.08 fand eine Aktion „Apfelsaft herstellen" mit den vor Ort geernteten Äpfeln statt. Die Beteiligung, so berichtet die Projektleiterin, Frau Pukall, war sehr gut.

Es ist für den 31.10.08 vorgesehen, in einer gemeinsamen Aktion die Parzellen anzulegen und an die Interessenten zu übergeben, damit diese ihre eigene

Gestaltung vornehmen können.

Bereits im Januar d. J. wurde der Pachtvertrag zwischen dem Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn und der Stadt Marburg abgeschlossen.

Die weitere Abwicklung wird ein noch zu gründender Verein übernehmen, der aus den „Gärtnern" besteht. Zwischen Verein und den einzelnen „Gärtnern" sind Regelungen und ein Pachtvertrag noch zu erarbeiten, da die Nutzer die laufenden Aufgaben wie Pacht, Strom und Wasser zu übernehmen haben.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 12 10/2008)
Vorlage: VO/0730/2008

Der Presse war zu entnehmen, dass der Parkplatz an der Universitätsbibliothek seit der Bewirtschaftung durch die Stadtwerke kaum genutzt wird.
Welche Kosten sind den Stadtwerken durch die Einführung der Bewirtschaftung entstanden, welche Einnahmen wurden erzielt und wie werden diese Einnahmen zwischen Stadtwerken und Universität aufgeteilt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zwischen dem Land Hessen und den Stadtwerken Marburg ist ein Pachtvertrag geschlossen worden, der die Bewirtschaftung der angepachteten Flächen und eine geordnete Parksituation auf dem Parkplatz der Universitätsbibliothek zum Ziel hat. Die Beobachtung, dass der Parkplatz kaum genutzt wird, kann zu Beginn der Vorlesungszeit auf keinen Fall bestätigt werden.
Kosten, Erträge und Vertragsdetails können an dieser Stelle nicht bekannt gegeben werden.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 13 10/2008)
Vorlage: VO/0778/2008

Am 1. Oktober hat der Verkehrsversuch Hohe Leute / Rotenberg begonnen. Welche Konsequenzen ergeben sich, wenn die neue Regelung sich als nicht praktikabel erweist?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Durch den Verkehrsversuch wird ermittelt, welche Veränderungen sich durch die Einbahnregelung in der Hohen Leuchte ergeben.

Der Versuch wird durch ein externes Planungsbüro begleitet.

Erst mit den Ergebnissen aus dem Verkehrsversuch kann über die künftige Verkehrsregelungen entschieden werden.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 14 10/2008)
Vorlage: VO/0759/2008

Kann der Oberbürgermeister in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der Sparkasse Marburg-Biedenkopf Auskunft darüber erteilen, ob durch die weltweite Bankenkrise Auswirkungen für die Sparkasse Marburg-Biedenkopf und evtl. auch für den Haushalt der Universitätsstadt Marburg gegeben oder zu erwarten sind?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Fragen zu den Auswirkungen der Bankenkrise auf die Sparkasse Marburg-Biedenkopf oder zu deren Verwaltungsratsvorsitzendem können von hier nicht beantwortet werden.

Dem Magistrat ist aber bekannt, dass das Bundeswirtschaftsministerium aufgrund der Finanzkrise für 2009 nur noch von einem Wirtschaftswachstum von 0,2% ausgeht.

Wie sich das auf die Steuereinnahmen oder den Kommunalen Finanzausgleich auswirken wird, kann nicht prognostiziert werden.

Auch das Land wartet bei seinen Planungen für 2009 zunächst auf die Steuerschätzung im November.

Diese Steuerschätzungen haben allerdings die Eigenart, dass sie weit besser die Vergangenheit erklären als die Zukunft voraussagen können. Hinzu kommt, dass die Prognosen einzelstädtisch häufig von lokalen Besonderheiten überlagert werden.

Je nachdem wie stark die Finanzkrise auf die reale Wirtschaft durchschlägt ist nicht auszuschließen, dass sie auch im Haushalt der Stadt Marburg ihre Spuren hinterlassen wird. Das Ausmaß ist allerdings nicht quantifizierbar.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Ludwig (MBL) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 18:00 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 15 10/2008)
Vorlage: VO/0760/2008

Denkt der Magistrat darüber nach, dass angesichts der drohenden Verkehrsprobleme - Hohe Leuchte / Rotenberg usw. - die Planungen einer Westumgehung wieder aufgenommen werden, zumal ein entsprechender Haushaltsantrag im Haushalt 2006 von SPD und Grünen unter Haushaltsstelle 2110400/940000 gestellt wurde?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zunächst werden die Ergebnisse des konkreten Verkehrsversuchs abzuwarten sein. Ferner sind in die Überlegungen die teilweise Neustrukturierung des Standortes von Novartis einzubeziehen. Weiterhin ist zu beobachten, ob die mit dem neuen Nahverkehrsplan beabsichtigte bessere Vertaktung der Standorte der Behring-Nachfolgefirmen wesentlichen Einfluss auf die Quell- und Zielverkehre hat.

Deshalb erscheint es erst in einem Zeitraum von 2 Jahren sinnvoll, neue Verkehrserhebungen zu veranlassen und die Ergebnisse ggf. in neue Planungen einfließen zu lassen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Ludwig (MBL) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 16 10/2008)
Vorlage: VO/0783/2008

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob es im Zusammenhang mit dem Beleuchtungsprojekt „Alte Universität" Gespräche mit der Volksbank Mittelhessen gegeben hat über die Beleuchtung und die Reklametafeln ihres Gebäudes in der Biegenstrasse?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Volksbank Mittelhessen ist mit folgendem Text angeschrieben worden:

„Im Rahmen der Veranstaltungen zum Gedenken an den 100. Todestag des Baumeisters Carl Schäfer sollen in Zukunft die Alte Universität und die Universitätskirche abends beleuchtet werden. Die entsprechenden Montagearbeiten durch die Stadtwerke Marburg sind derzeit im Gange.

Da die Beleuchtung der Objekte energiesparend und bewusst dezent erfolgt, wollen wir versuchen, auch die Umgebungslichtquellen auf diese Beleuchtung etwas abzustimmen. Daher werden Straßenlaternen und Wegebeleuchtungen zum Teil entfernt, zum Teil auf andere Farbgebung umgebaut und ggf. zum Teil auf niedrige Watt-Stärken reduziert.

Dementsprechend würden wir gerne auch die im Umfeld der Alten Universität angesiedelten privaten Bereiche zu einer entsprechenden Anpassung veranlassen. In diesem Zusammenhang haben wir bei der Begehung der Situation mit Herrn Michael Batz, Hamburg, der die Beleuchtungsinstallation entworfen hat, festgestellt, dass das Gebäude der VoBa zwar schön, aber nach unserem Eindruck deutlich zu kräftig und grell beleuchtet ist. Gleiches gilt für die Werbeschriften. Wir würden daher gerne mit Ihnen - bzw. entsprechenden Ansprechpartner/-innen - überlegen, ob und wie die Beleuchtung so reduziert werden kann, dass sie einerseits Ihrem repräsentativen Gebäude und den Nutzern angemessen ist, sich aber andererseits der Beleuchtungssituation an der Alten Universität auch etwas anpasst.“

Die Volksbank Mittehessen hat inzwischen gebeten, einen gemeinsamen

Ortstermin mit Bauamt und Stadtwerke zu organisieren, bei dem über mögliche Korrekturen der Beleuchtung gesprochen werden soll.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) und Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.17 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 17 10/2008)
Vorlage: VO/0780/2008

Der letzte Energiebericht der Stadt Marburg stammt aus dem Jahre 2004. Bereits in der StVV am 26.11.2004 wurde der Magistrat beauftragt im Rahmen des Energieberichtes 2005 über CO2-Minderungsmaßnahmen zu berichten. Welche gravierenden Hinderungsgründe stehen einer Fortschreibung des Energieberichtes der Stadt Marburg entgegen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Energiebericht der Stadt Marburg für die Jahre 2005 bis 2007 ist fast fertig gestellt und wird der Stadtverordnetenversammlung in der Novembersitzung zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.18 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Erika Lotz-Halilovic (Nr. 18 10/2008)
Vorlage: VO/0781/2008

Ist dem Magistrat bekannt, dass zum 5-jährigen Jubiläum im November den Vereinen Doiz und Hadara am Richtsberg Tische fehlen? (Es ist ein Benefiz-Diner im November geplant!) Welche Möglichkeiten gibt es, damit diese Vereine die Tische endlich und in Eigenregie anschaffen können? (Man hat bereits günstige Angebote).

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Vorbemerkung:
Die Stadt Marburg unterstützt seit einigen Jahren die im Netzwerk Richtsberg zusammen geschlossenen Vereine Marburger Islamischer Kulturverein Hadara e.V., Deutsch-Osteuropäisches Integrationszentrum DOIZ e.V., Teensclub des Christustreffs der Jesusgemeinschaft e.V. und der 1. Boxclub Marburg. Für die Anmietung von Räumen und die Koordination der Vereine haben die Stadt Marburg und die Bürgerinitiative für soziale Fragen BSF e.V. einen gemeinsamen Verein, Netzwerk Richtsberg e.V. gegründet. In der internen Arbeitsverteilung ist die BSF e.V. für die Kommunikation im Netzwerk zuständig, deshalb hat sich der Magistrat an die BSF mit der Bitte um weitere Informationen gewandt und beantwortet nunmehr die Fragen wie folgt:

Dem Magistrat ist nicht bekannt, dass für das 5-jährige Jubiläum Tische fehlen. Vielmehr wurde im Netzwerk verabredet, dass die im Gemeinschaftszentrum Richtsberg vorhandenen klappbaren Tische ausgeliehen werden sollen. Das

Gemeinschaftszentrum befindet sich ein Stockwerk unter dem Netzwerk, hier werden auch die übrigen notwendigen Gegenstände (Geschirr etc.) ausgeliehen.

Die Vereine Hadara e.V. und DOIZ e.V. sahen in dem Anlass des Jubiläums eine berechtigte Möglichkeit, wie bereits vorher auf fehlende bzw. veraltete Ausstattungsgegenstände hinzuweisen, u.a. Klapptische. Jedoch konnte im Netzwerk keine Einigung über den Verbleib der Tische zwischen den Nutzungen, die Wartung und Pflege der Tische und der notwendigen Qualität der Tische hergestellt werden. Netzwerk Richtsberg e.V. verwies zudem auf die von den Vereinen verabredete Arbeitsteilung, nach der alle Seiten ihren Teil zur Ausstattung und Pflege beitragen sollten. Das Netzwerk als Rechtskonstrukt ohne eigene Kapazitäten könne die Tische nicht hinreichend pflegen und warten. Zudem seien Tische zum Preis von knapp 40 Euro wahrscheinlich nicht ausreichend stabil, um den Nutzungsanforderungen im Netzwerk zu genügen. Zu guter Letzt stehen Netzwerk Richtsberg e.V. keine eigenen Mittel zur Verfügung, da die Subventionierung der Netzwerkvereine direkt über die Stadt erfolge.

Nun wandten sich die beiden Vereine an den Magistrat und zugleich an die Ortsvorsteherin des Stadtteils und schilderten ihre Problemsicht.

Der Magistrat hatte bereits eine Lösung erarbeitet, die derzeit umgesetzt wird. Im Rahmen der Bezuschussung der beiden Vereine wird diesen die Möglichkeit eröffnet, selbst Tische zu erwerben. Damit würden die beiden Vereine Eigentümer der Tische und auch dafür verantwortlich. Den beiden Vereinen werden zu diesem und/oder zu anderen satzungsgemäßen Zwecken in den nächsten Tagen Zuschüsse in Höhe von jeweils 3.000 Euro überwiesen werden (HhSt. 1.1112.7000).

Zudem bietet die Stadt den Vereinen eine Beratung von einem in Möbeldingen erfahrenen Mitarbeiter für Qualitätssichtung und Beschaffung an.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) und Lotz-Halilovic (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 19 10/2008)
Vorlage: VO/0740/2008

Ist es zutreffend, dass der Landkreis zwar ein Verbot von Terrassenheizungen nicht erlässt, die Zuständigkeit aber auf den Magistrat der Stadt Marburg übertragen will?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Dies ist nicht zutreffend. Der Landkreis sieht über das Immissionsrecht, z. B. die 1. BImschV „Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen" prinzipiell keine Möglichkeit, den Betrieb von Terrassenheizstrahlern zu unterbinden, da diese nicht unter diese oder eine andere immissionsrechtliche Regelung fallen.

Eine Delegation von Zuständigkeiten ist daher hier auch nicht vorgesehen oder in Erwägung gezogen worden.

zu 4.20 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 20 10/2008)
Vorlage: VO/0741/2008

Auf welche Rechtsgrundlage denkt der Magistrat ein Verbot von Terrassenheizungen zu stützen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Durchsetzung eines Verbots von Terrassenheizstrahlern wurde unter folgenden Regelungen geprüft:

Regelung	Zuständigkeit	Bewertung
Genehmigungen für die Nutzung des öffentlichen Straßenraums „Sondernutzungser-laubnis"	Stadt Marburg	Hierbei käme es aber zu der Situation, dass die Heizpilze aus dem öffentlichen Raum verschwinden würden, aber auf Privatflächen zulässig blieben.
Hessisches Sicherheit- und Ordnungsgesetz HSOG	Stadt Marburg	Von den Heizstrahlern gehen keine unmittelbaren Gefahren für Leib und Leben aus; Klimaschädigung zählt nicht zu Schäden im Sinne des HSOG
HBO, BauGB	Stadt Marburg	Terrassenheizstrahler sind keine baulichen Anlagen
Denkmalschutzgesetz	Stadt Marburg	Terrassenheizstrahler werden nur in den Herbst-/Wintermonaten betrieben und stellen daher nur eine zeitweise Beeinträchtigung dar; daher greift der Denkmalschutz hier nicht; wird zur Zeit aber noch weiter geprüft
Immissionsschutz; 1. BImschV	Landkreis Marburg-Biedenkopf	Terrassenheizstrahler fallen nicht unter Anlagen lt. Immissionsrecht
Energieeinsparver-ordnung EnEV	Bauherren	Terrassenheizstrahler sind nicht ausdrücklich aufgeführt; im Ordnungswidrigkeitenkatalog zur VO gibt es keine Ordnungswidrigkeit bei „Energieverschwendung"
Klimaschutz-Konvention		Allgemeine Verpflichtung, von der Bundesregierung ratifiziert, den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen vor allem CO2 zu reduzieren. Bei der Verbrennung von Propan entsteht ca. 3,5 kg/h CO2, bei 11 kg Flaschengröße und einer mittleren Brenndauer (laut Hersteller) von 6 h je Flasche werden also beim Betrieb eines Terrassenstrahler ca. 21 kg CO2 bzw. 10,5 m³ CO2 emittiert.

Da lediglich die Sondernutzungserlaubnis und eingeschränkt der Denkmalschutz eine Verbotsoption enthalten, werden beide Möglichkeiten in Erwägung gezogen.

Die auch mit dieser Anfrage dokumentierte Diskussion und letztlich die Kostenfrage beim Betrieb der Terrassenstrahler führte in Teilbereichen bei

Gaststättenbetreibern scheinbar aber schon zu einer Einsicht: so gibt es vereinzelt im Außenbereich schon statt Heizstrahlern Fleece-Decken beim Sitzen für die Kunden.

---

zu 4.21 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 21 10/2008)
Vorlage: VO/0742/2008

Im Entwurf des fünften Gesetzes zur Änderung des zweiten Sozialgesetzbuches sollen die in § 46 Absatz 5 genannten Länderanteile an Unterkunfts- und Heizungskosten für Hartz-IV-EmpfängerInnen ab 1.1.2009 um insgesamt 2,5 Milliarden € gesenkt werden. Welche Erkenntnisse besitzt der Magistrat über die möglichen Auswirkungen in Hessen, speziell in Marburg?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Nach § 46 Abs. 5 SGB II beteiligt sich der Bund zweckgebunden an den Leistungen der kommunalen Träger für Kosten der Unterkunft und Heizung. Die jeweilige Höhe der Bundesbeteiligung ergibt sich aus der Anpassungsformel, die in § 46 Abs. 7 SGB II festgelegt ist.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat für das Jahr 2009 eine bundesdurchschnittliche Beteiligungsquote von 26,0 % errechnet. Für 2008 lag diese noch bei 29,2 %. Im Einzelnen bedeutet dies, dass die Beteiligungsquote für Baden-Württemberg auf 29,4 %, für Rheinland-Pfalz auf 35,4 % und für die übrigen 14 Bundesländer auf 25,4 % reduziert wird.

Für den Bund bedeutet diese Absenkung der Beteiligungsquote eine Mitteleinsparung von ca. 0,7 Mrd. Euro.

Für die kommunale Seite bedeutet diese Maßnahme allerdings, dass mit erheblichen Mehrkosten gerechnet werden muss, da durch die steigenden Energie- und Mietkosten und die Zunahme der Zahl größerer Bedarfsgemeinschaften (mit dann höheren Unterkunftskosten) eine Mehrbelastung entsteht, die die insgesamt sinkende Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nicht kompensieren kann.

Valide Zahlen für den KJC-Bereich Marburg-Biedenkopf liegen dem Magistrat noch nicht vor. Nach ersten Schätzungen dürfte die kommunale Mehrbelastung bei mehreren 100.000 € liegen.

---

zu 4.22 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Björn Backes (Nr. 22 10/2008)
Vorlage: VO/0761/2008

Ist dem Magistrat bekannt, dass die von Lehrern der Elisabethschule initiierte Schülerdemonstration auf dem Marktplatz am 26.09.2008 gegen den Ausfall von Sportunterricht (angeblich aufgrund der Vorbereitungen für das Basketball Season Opening) durchgeführt wurde, obwohl die Halle der

Kaufmännischen Schulen zu diesem Zeitpunkt leer war und für den Sportunterricht zur Verfügung stand?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Am Nachmittag des 25. September 2008 hat Herr Hertlein, Vorsitzender des BC Marburg, mitgeteilt, dass er, entgegen der ursprünglichen Planungen, bereits am Vormittag des 26. September 2008 die kleine Halle im Georg-Gaßmann-Stadion für die Veranstaltung Basketball Season Opening benötigt.
Seitens des Schulsportkoordinators wurden die betroffenen Schulen (Elisabethschule und ab der 3. Stunde auch Emil-von-Behring-Schule) am späten Nachmittag über die Sperrung informiert.
Dabei wurden ihnen keine alternativen Hallenzeiten angeboten, so auch nicht die Halle der Kaufmännischen Schulen, die lt. Plan während der fraglichen Unterrichtsstunden auch belegt war.
Ob möglicherweise einzelne Hallenteile, z. B. durch Unterrichtsausfall, außerplanmäßig nicht belegt waren, ist nicht bekannt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.23 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 23 10/2008)
Vorlage: VO/0770/2008

Wie ist die Auslastung der städtischen Kindertagesstätten (Soll-/Ist-Vergleich zur räumlichen und personellen Platzkapazität) in diesem Kindergartenjahr und in welchen Kindertagesstätten sind noch wie viele Plätze frei?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Auslastung in den städtischen Tageseinrichtungen variiert aufgrund der Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz. Wir als öffentlicher Jugendhilfeträger haben den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umzusetzen; von daher sind zu Beginn eines jeden Kindergartenjahres nicht alle Plätze besetzt, da im Laufe des Kindergartenjahres die Kinder, die 3 Jahre alt werden, den Anspruch auf einen Platz erhalten müssen.
Daneben gibt es in einigen Stadtteilen leicht rückläufige Kinderzahlen, während in anderen Stadtteilen der Bedarf nach Plätzen für Kinder ab 3 Jahren steigt. Diese Stadtteile sind der Richtsberg, Cappel, Ockershausen und evtl. das Südviertel und die Kernstadt.

Die Personalausstattung pro Gruppe beläuft sich auf 1,5 Fachkräfte während der Öffnungszeiten plus 15% Verfügungszeit und 5 Stunden Leitungstätigkeit pro Gruppe. Diese Personalausstattung ist unabhängig von der Belegung vorzuhalten, da eine Gruppe, ob mit 22 oder 18 Kindern belegt ist, betreut werden muss.

Die beiliegende Liste soll die Auslastung der städtischen Tageseinrichtungen verdeutlichen. (Anlage)

Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin (SPD) und Gottschlich (CDU) werden

ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.24 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 24 10/2008)
Vorlage: VO/0762/2008

Welche Standorte in der Kindertagesbetreuung werden derzeit neu geplant, und an welchen Standorten wird ein Ausbau bzw. eine Reduzierung der Kapazität geplant?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Neue Standorte für die Kindertagesbetreuung (über 3 Jahre) sind derzeit nicht geplant. Lediglich die Einrichtung in Bauerbach soll verlegt und dabei von 2 auf 3 Gruppen (3. Gruppe als alterserweiterte Gruppe) erweitert werden.
Für den Ausbau, der sich auf die Kinder U 3 bezieht, sind an folgenden Standorten Ausbauten geplant:

1 (ggf. alterserweiterte) Gruppe im neu zu errichtenden Kindergarten in Bauerbach
1 dritte Gruppe in dem bestehenden Gebäude Blitzweg
2 Gruppen für die Universitäts-Kindertagesstätte (ggf. neuer Standort)
1 Gruppe im neu zu errichtenden Kindergarten Waldorf

2008 wurden folgende Ausbauten durchgeführt:

1 Gruppe im Kinderhaus Fleckenbühl
5 Plätze im Kindergarten Tabor
3 Gruppen in der Cappeler Straße 74

Eine Reduzierung der Kapazitäten ist derzeit nicht geplant, da die Kinderzahlen der 3 - 6-Jährigen relativ konstant bzw. leicht ansteigend sind.

---

zu 4.25 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr. 25 10/2008)
Vorlage: VO/0763/2008

Ist dem Magistrat bekannt, dass während und nach der Eröffnung des Frisiersalons an der Augustinertreppe die Anwohner, anliegende Geschäfte und die Besucher, somit auch Kunden der Oberstadt, durch extrem laute Musikbelästigung (Bässe) gestört wurden und zwar derart, dass Kunden nicht mehr in die Geschäfte gingen oder diese wegen der lauten Musik umgehend wieder verschließen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Dem Fachdienst Ordnung und Straßenverkehr sind keine Beschwerden über Lärm während und nach der Eröffnung des Frisiersalons Anfang September d. J. bekannt geworden.
Nachforschungen aufgrund der Anfrage haben allerdings ergeben, dass es am Eröffnungstag zu Störungen gekommen sein soll.

---

zu 4.26 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr. 26 10/2008)
Vorlage: VO/0764/2008

Am verkaufsoffenen Sonntag (12.10.) verteilten mehrere Personen Flyer vor einem Frisiersalon an der Augustinertreppe, vor einer vorzeitig wegen Lärm geschlossenen Boutique wurden auch auf deren Gelände Stühle aufgestellt, Kunden im Freien frisiert und eine Cocktailbar errichtet. War dies seitens des Magistrates genehmigt oder ist dies genehmigungsfrei hinzunehmen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat hat - auch in Absprache mit dem Veranstalter des Elisabethmarktes - keine Aktivitäten im Außenbereich genehmigt. Für den Friseursalon wurde eine Schankerlaubnis innerhalb der Räume erteilt. Musikdarbietungen wurden ausdrücklich untersagt. Ein Ordnungswidrigkeitsverfahren wurde bereits eingeleitet.

---

zu 4.27 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 27 10/2008)
Vorlage: VO/0765/2008

Gibt es Überlegungen, Fahrradfahrer/Fahrradfahrerinnen - auch zum Selbstschutz - durch wie auch immer geartete Hilfestellungen oder erzieherische Maßnahmen zu veranlassen, nicht gegen den Einbahnstraßenverkehr sowie bei Dunkelheit mit Licht zu radeln?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Aus rechtlichen Gründen können Kontrollen der Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer von der Ordnungspolizei nur gemeinsam mit der Polizei durchgeführt werden. Die letzte Kontrolle erfolgte vor 3 Wochen an verschiedenen Stellen in der Innenstadt.
Verkehrserziehung erfolgt durch die Polizei nur bei Kindern.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Hussein (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.28 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 28 10/2008)
Vorlage: VO/0766/2008

Geschäftsleute und potentielle Kunden im Bereich Nordviertel beklagen die zunehmende Aggressivität der Trinker/Fixer/Jugendlichen-Szene. Sind hier Schritte geplant, die Situation zu entschärfen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Polizei und Ordnungspolizei werden im Nordviertel verstärkt kontrollieren.

zu 5 **Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2008 bis 2012 der Universitätsstadt Marburg, Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 mit ihren Anlagen und Stellenplan 2009**
Vorlage: VO/0725/2008

Oberbürgermeister Vaupel trägt in seiner Eigenschaft als Kämmerer die Haushaltsrede zum ersten Doppikhaushalt der Universitätsstadt Marburg vor, begleitet von einer PowerPoint-Präsentation. Anschließend wird die Haushaltsrede in gedruckter Form an alle Stadtverordneten verteilt.

Der Stadtverordnete Pfalz (CDU) beantragt die Überweisung des Haushaltes an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Somit ist der Tagesordnungspunkt an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Haushaltsberatung überwiesen.

Nach diesem Tagesordnungspunkt unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung von 20:07 bis 20:10 Uhr, zum Zwecke einer kurzen Pause.

---

zu 6 **Besetzung des Ortsgerichts Marburg III (Dagobertshausen, Marbach, Michelbach)**
Vorlage: VO/0618/2008

Die Vorlage wurde in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten. Aus dieser Sitzung berichtet der Stadtverordnetenvorsteher.

Für das Ortsgericht Marburg III sind zwei Ortsgerichtsschöffen / -schöffinnen und zugleich Stellvertreter / -innen zu wählen.

Die Wahlvorschläge sind in der Magistratsvorlage aufgeführt und liegen somit allen Stadtverordneten vor. Hierzu ist zu bemerken, dass der Bewerber Herr Wilfried Wüst, Haselhecke 16, 35041 Marburg, seine Kandidatur für das Amt des Ortsgerichtsschöffen zurückgezogen hat.

Somit stehen noch folgende Bewerber zur Wahl:

Für das Amt des Ortsgerichtsschöffen:

Herrn Helmuth Eidam, wh. Höhenweg 8, 35041 Marburg
und
Herrn Manfred Ritter, Pappelweg 34, 35041 Marburg.

Für das Amt des Ortsgerichtsschöffen / -schöffin und zugleich Stellvertreter/-in des Ortsgerichtsvorstehers / der Ortsgerichtsvorsteherin:

Frau Barbara Ackermann, wh. Stümpelstal 9, 35041 Marburg
und
Herrn Karl-Heinz Pfeif, wh. Michelbacher Str. 34, 35041 Marburg.

Im Wahlvorbereitungsausschuss wurde eine geheime Abstimmung nicht beantragt. Somit empfiehlt der Wahlvorbereitungsausschuss einstimmig, die Wahlen aufgrund der vorliegenden Wahlvorschläge offen durch Handzeichen durchzuführen.

Weitere Wahlvorschläge werden auch aus der Stadtverordnetenversammlung nicht vorgetragen. Der offenen Abstimmung durch Handzeichen wird nicht widersprochen.

Somit lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die zu besetzenden Positionen offen durch Handzeichen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und somit mit mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl folgenden Beschluss:

Herrn Helmuth Eidam, wh. Höhenweg 8, 35041 Marburg
und
Herrn Manfred Ritter, Pappelweg 34, 35041 Marburg
werden zu Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Marburg III (Dagobertshausen, Marbach und Michelbach) gewählt.

Weiterhin fasst die Stadtverordnetenversammlung einstimmig und somit mit mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Frau Barbara Ackermann, wh. Stümpelstal 9, 35041 Marburg
und
Herrn Karl-Heinz Pfeif, wh. Michelbacher Str. 34, 35041 Marburg
werden zu Ortsgerichtsschöffen / -innen und zugleich Stellvertreter / -innen des / der Ortsgerichtsvorstehers / -vorsteherin gewählt.

---

zu 7 **Besetzung des Ortsgerichts Marburg V (Cyriaxweimar, Dilschhausen, Elnhausen, Haddamshausen, Hermershausen und Wehrshausen).**
Vorlage: VO/0648/2008

Auch diese Vorlage wurde in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher aus dieser Sitzung.

Für das Ortsgericht Marburg V sind zwei Ortsgerichtsschöffen / -innen und ein Ortsgerichtsvorsteher /-in zu wählen.

Die Wahlvorschläge sind in der Magistratsvorlage abgedruckt. Weitere Wahlvorschläge wurde dem Wahlvorbereitungsausschuss nicht vorgetragen. Eine geheime Wahl wurde nicht beantragt, so dass zur Vereinfachung des Verfahrens offen durch Handzeichen abgestimmt werden kann.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung somit einstimmig die Wahlen aufgrund der vorliegenden Wahlvorschläge und zur Vereinfachung des Verfahrens offen durch Handzeichen durchzuführen.

Für das Amt des zu wählenden Ortsgerichtsvorstehers schlägt die SPD-Fraktion vor, Herrn Reinhold Becker, Allersbergweg 3, 35041 Marburg, zu wählen. Hierbei handelt es sich um eine Wiederwahl.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diese Position abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und somit mit mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Herrn Reinhold Becker, Allersbergweg 3, 35041 Marburg,
wird zum Ortsgerichtsvorsteher für das Ortsgericht Marburg V gewählt.

Für das Amt der zu wählenden zwei Ortsgerichtsschöffen stehen folgende Bewerber zur Wahl:

Herr Karl-Heinz Damm, Elsa-Brandström-Straße 2, 35041 Marburg (Wiederwahl),
Herr Wilfried Einsle, Weißdornweg 4, 35041 Marburg (Wahlvorschlag der CDU-Fraktion und der jeweiligen Ortsbeiräte),
Herr Hans-Joachim Hille, Im Feldchen 5, 35043 Marburg (Wahlvorschlag der CDU). Hierbei handelt es sich um eine Wiederwahl.

Weitere Wahlvorschläge werden auch aus der Stadtverordnetenversammlung nicht vorgetragen. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt somit über die zu besetzenden Positionen in offener Wahl durch Handzeichen abstimmen.

Amt des Ortsgerichtsvorstehers:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Herr Reinhold Becker, Allersbergweg 3, 35041 Marburg
wird zum Ortsgerichtsvorsteher des Ortsgerichts Marburg V (Cyriaxweimar, Dilschhausen, Elnhausen, Haddamshausen, Hermershausen und Wehrshausen)
gewählt.

Für die zwei zu wählenden Ortsgerichtsschöffen / -schöffin:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und somit mit mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Herr Karl-Heinz Damm, Elsa-Brandström-Straße 2, 35041 Marburg,
wird zum Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Marburg V gewählt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und damit mit mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Herr Hans-Joachim Hille, Im Feldchen 5, 35043 Marburg,
wird zum Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Marburg V gewählt.

In der dritten Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP und MBL den Wahlvorschlag

Herr Wilfried Einsle, Weißdornweg 4, 35041 Marburg.
Damit ist die für eine erfolgreiche Wahl notwendige Mehrheit nicht erreicht. Der Bewerber ist somit nicht gewählt.

---

zu 8 **Lahnstudie**
Vorlage: VO/0322/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Annahme der Vorlage.

Von der CDU-Fraktion wurde folgende Protokollnotiz beantragt:

"Die CDU-Fraktion hat Bedenken wegen dem geplanten Wegfall von Parkflächen an der Lahn."

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) hat in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses folgende Protokollnotiz erbeten:

"Eine Zustimmung der Fraktion zur Vorlage Lahnstudie bedeutet nicht die Zustimmung zu den Magistratsvorlagen zum Bebauungsplan Nr. 7-3 (geplante Wohnbebauung Erlenring 13)."

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Marburger Linken und bei Enthaltung der FDP und der MBL folgenden Beschluss:

Die Lahnstudie für den innerstädtischen Lahnabschnitt einschließlich der Mühlkanäle zwischen Afföllerwehr und Südspange wird als städtebaulich/grünordnerischer Rahmenplan für die Weiterentwicklung der Lahn in diesem Abschnitt beschlossen. Sie stellt die Grundlage für alle weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte dar.

---

zu 9 **Städtebauliche Rahmenplanung Ockershausen**
Vorlage: VO/0399/2008

Die Vorlage ist im Umweltausschuss zurückgestellt worden bis zur November-Sitzung.

Anschließend hat auch der Bau- und Planungsausschuss die Vorlage vertagt.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage ebenfalls zurück bis zur November-Sitzung.

zu 10 **Bauleitplanung der Stadt Marburg**
Bebauungsplan Nr. 25/1, 1. Änderung, "Magdeburger Straße" in Marburg-Wehrda

- **Bericht über das Ergebnis der Prüfung der während der öffentlichen Auslegung (§ 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§4 Abs. 2 BauGB) eingegangenen Stellungnahmen gemäß § 2 Abs. 3 BauGB**
- **Satzungsbeschluss (§ 10 BauGB)**
- **Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes (§ 81 Hessische Bauordnung**

Vorlage: VO/0685/2008

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und MBL, sowie bei Enthaltung der Fraktionen Marburger Linke und FDP folgenden Beschluss:

1) **Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen.**
   a) **Die unter den Nummern 1-4 abgegebenen Stellungnahmen werden berücksichtigt,**
   b) **die unter den Nummern 5-7 angeführten Stellungnahmen werden nicht berücksichtigt.**

   Die Grundzüge der Planung werden hiervon nicht berührt.

2) **Der Bebauungsplan Nr. 25/6, 1. Änderung, „Magdeburger Straße“, in Marburg-Wehrda wird einschließlich der Begründung als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB).**

3) **Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 25/6, 1. Änderung, „Magdeburger Straße“ werden als Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich des vorgenannten Bebauungsplanes beschlossen (§ 81 HBO).**

zu 11 **Anträge des Kinder- und Jugendparlaments**

zu 11.1 **Antrag des KiJuPa betr. Bushaltestellenhäuschen am Südbahnhof**
Vorlage: VO/0565/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag des Kinder- und Jugendparlaments.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

An der Bushaltestelle am Südbahnhof für die Linien 12 und 13 soll ein zusätzliches Bushaltestellenhäuschen errichtet werden.

---

zu 11.2 Antrag des KiJuPa betr. Spielgeräte für die MLS
Vorlage: VO/0683/2008

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Auf dem Schulhof der MLS sollen Spielgräte für die Unterstufe aufgestellt werden.

---

zu 11.3 Antrag des KiJuPa betr. Beleuchtung des Fußweges an den Lahnwiesen
Vorlage: VO/0684/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Vorlage des KiJuPa wurde im Umweltausschuss beraten und wie folgt verändert:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Es soll geprüft werden, wie die Beleuchtungssituation im Bereich des Fußweges an den Lahnwiesen in Höhe der Frankfurter Straße verbessert werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschuss angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zum geänderten Antragstext.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Es soll geprüft werden, wie die Beleuchtungssituation im Bereich des Fußweges an den Lahnwiesen in Höhe der Frankfurter Straße verbessert werden kann.

---

zu 12 Dringlichkeitsanträge

---

zu 12.1 Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen betr. Qualität des Schienenpersonennah- und Schienenpersonenfernverkehrs für Marburg sichern
Vorlage: VO/0753/2008

Der dringliche Antrag aller Fraktionen ist zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Tagesordnung aufgenommen worden. Das Wort wird hierzu nicht gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, umgehend mit den Verantwortlichen des RMV und der Deutschen Bahn zu verhandeln, damit es bei der geplanten Fahrplanumstellung in 2010 nicht zu einer Angebots-Verschlechterung des Schienenpersonennahverkehrs und Schienenpersonenfernverkehrs für Marburg kommt. Sollte bis zur nächsten Aufsichtsratsitzung des Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) keine für Marburg befriedigende Lösung gefunden werden, empfiehlt die Stadtverordnetenversammlung dem Aufsichtsratsmitglied der Stadt Marburg in der Aufsichtsratssitzung am 18.11.2008, dem so vorliegenden Bestellfahrplan für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) nicht zuzustimmen.

---

zu 13 Anträge der Fraktionen

---

zu 13.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verkehrsberuhigung
Vorlage: VO/0126/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

Der Antrag der Fraktion Marburger Linke wurde im Umweltausschuss wie folgt neu formuliert:

Der Magistrat der Stadt wird beauftragt, in dem größten und kinderreichsten Stadtteil Richtsberg entsprechend der Vorschläge des Ortsbeirates Tempo 30-Zonen umzusetzen.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt wird beauftragt, in dem größten und kinderreichsten Stadtteil Richtsberg entsprechend der Vorschläge des Ortsbeirates Tempo 30-Zonen umzusetzen.

---

zu 13.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Bilinguale Krippen- und Kindergartengruppen
Vorlage: VO/0627/2008

Der Antrag ist im Sozialausschuss beraten worden. Er wurde wie folgt ergänzt:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit ein Modell zur Einführung eines bilingualen Angebotes z. B. Deutsch und Englisch in Krippen und Kindergartengruppen unter Machbarkeitsgesichtspunkten in der Universitätsstadt Marburg zur Verfügung gestellt werden kann.

Wie die Vorsitzende des Sozialausschusses, Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), berichtet, empfiehlt der Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem ergänzten Antragstext.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU, bei Enthaltung der Marburger Linken, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit ein Modell zur Einführung eines bilingualen Angebotes z. B. Deutsch und Englisch in Krippen und Kindergartengruppen unter Machbarkeitsgesichtspunkten in der Universitätsstadt Marburg zur Verfügung gestellt werden kann.

---

zu 13.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Vereinfachte Zugänge zu Kulturangeboten für benachteiligte Bevölkerungsgruppen schaffen
Vorlage: VO/0628/2008

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Im Haupt- und Finanzausschuss hat die Fraktion Marburger Linke die Vorlage wie folgt abgeändert:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Zuschüsse an die Kulturträger, die von der Stadt Marburg unterstützt werden, u. a. Cafe Trauma, KFZ und Waggonhalle, so zu erhöhen, dass Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres zum halben Preis Kulturveranstaltungen besuchen können.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung jedoch die Ablehnung des so geänderten Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen den Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 13.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Straßenkreuzungen in der Wilhelmstraße
Vorlage: VO/0641/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der antragstellenden Fraktion und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 13.5 Antrag der Fraktionen CDU und FDP betr. Bürgersteig Frankfurter Straße
Vorlage: VO/0646/2008

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat den Antrag zunächst zurückgestellt.

Der Stadtverordnetenvorsteher erinnert daran, dass dieser Tagesordnungspunkt gemäß der Beschlussfassung zu Beginn der Sitzung heute beraten und abgestimmt werden soll. Die Aussprache wurde heute angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Jannasch (CDU). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Während der Aussprache hat von 20:20 Uhr bis 20:30 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Ludwig (MBL) die Sitzungsleitung übernommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP und MBL und Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, sowie bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 13.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. RMV-Tarifzone Wehrshausen

Vorlage: VO/0649/2008

Zu dieser Vorlage stellt der Stadtverordnete Becker (SPD) den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag für erledigt zu erklären. Gegen diesen Geschäftsordnungsantrag spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU).

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

---

zu 13.7 Antrag der CDU-Fraktion betr. Leinenzwang in den Lahnauen
Vorlage: VO/0650/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss ausführlich beraten worden. Er hat dort folgende Fassung erhalten:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Räumliche Geltungsbereich des bestehenden Leinenzwangs wird auf die gesamten Überschwemmungsgebiete, sowie zusätzlich auf die landwirtschaftlichen Nutzflächen des Lahntales von Wehrda bis einschließlich des Lahnvorlandes Cappel ausgeweitet. Die Flächen sind angemessen kenntlich zu machen.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung. Aussprache wurde gewünscht.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Wölk (SPD), Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen), Schaffner (CDU), Pfalz (CDU), Metz (Marburger Linke), Sell (SPD) und für den Magistrat Bürgermeister Dr. Kahle.

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den geänderten Antragstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, sowie bei Enthaltung der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird, entgegen der Empfehlung des Umweltausschusses, abgelehnt.

---

zu 13.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kommission für Universitäts- und Regionalentwicklung
Vorlage: VO/0682/2008

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat den Antrag mehrheitlich für erledigt erklärt. Aussprache wurde beantragt.

Vor der Abstimmung über die Empfehlung des Bau- und Planungsausschuss begründet der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth für die antragstellende Fraktion die Vorlage. Für den Magistrat nimmt Bürgermeister Dr. Kahle Stellung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt sodann über den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag für erledigt zu erklären, abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, bei Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und MBL, sowie bei Enthaltung der CDU-Fraktion:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

---

zu 13.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Altenpflegekonzept
Vorlage: VO/0689/2008

Die Vorlage wird gemeinsam aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt
13.13 Antrag der MBL-Fraktion betr. Altenplanung für Marburg VO/0699/2008

Beide Anträge wurden im Sozialausschuss beraten. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen).

Zu TOP 13.9:
Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Zu TOP 13.13:
Der Antrag wurde im Sozialausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

Der Magistrat wird gebeten, die Bestandsaufnahmen, Bedarfsanalyse und Datenerfassung zu aktualisieren, die Grundlage für konkrete Maßnahmen einer qualifizierten Altenplanung für Marburg sein kann. Sollten die eigenen personellen Ressourcen nicht ausreichen, ist externe Unterstützung einzubinden.

Die so geänderte Antragsfassung wurde im Sozialausschuss mehrheitlich abgelehnt. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Gottschlich (CDU), Dr. Uchtmann (MBL) und Severin (SPD). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über beide Anträge getrennt abstimmen.

Zu TOP 13.9:
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, sowie Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, sowie bei Enthaltungen der FDP und der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu TOP 13.13:
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, MBL und FDP, sowie bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 13.10 Antrag der CDU-Fraktion betr. Parkplatzerweiterung Ockershäuser Allee
Vorlage: VO/0690/2008

Der Antrag ist im Umweltausschuss zurückgezogen worden. Die Vorlage stand auch im Bau- und Planungsausschuss auf der Tagesordnung und wurde dort ebenfalls zurückgezogen.

Eine Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung erübrigt sich daher.

---

zu 13.11 Antrag der MBL-Fraktion betr. Kontrollen bei Kleinfeuerungsanlagen
Vorlage: VO/0694/2008

Die Vorlage wurde im Umweltausschuss beraten. Anschließend haben die Antragsteller die Vorlage zurückgezogen.

Eine Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung erübrigt sich daher.

---

zu 13.12 Antrag der MBL-Fraktion betr. Bericht zur Entwicklung von Windkraftstandorten
Vorlage: VO/0695/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Annahme des Antrages.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die vorsorglich beantragte Aussprache ist inzwischen zurückgezogen worden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert über den Stand der Planungen neuer Windkraftanlagen zu berichten. Dabei sollte insbesondere auf die

Konsequenzen eingegangen werden, die sich aus dem neuen Regionalplan bezüglich der Windenergie ergeben.

---

zu 13.13 Antrag der MBL-Fraktion betr. Altenplanung für Marburg
Vorlage: VO/0699/2008

Die Vorlage wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 13.9 aufgerufen.

---

zu 13.14 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Erlenring 13, B-Plan 7/3 und 1. u.2. Änderung, Bebauung
Vorlage: VO/0705/2008

Zusammen mit dieser Vorlage wird aufgerufen der Antrag
13.15 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Beteiligung des Bau- und Planungsausschusses an einem Genehmigungsverfahren
VO/0706/2008
und Tagesordnungspunkt
14.1 Kenntnisnahme des Magistrats "Bebauung des Grundstücks Erlenring 13 mit einer Studentenwohnanlage"
VO/0624/2008

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft zu diesen drei Vorlage zunächst die Ausschussberichte auf.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD).

Zu TOP 13.14:
Der Antrag der Fraktion Marburger Linke ist im Bau- und Planungsausschuss mehrheitlich für erledigt erklärt worden. Aussprache wurde beantragt.

Zu TOP 13.15:
Der Antrag der Fraktion Marburger Linke wurde im Bau- und Planungsausschuss verändert. Der Beschlusstenor hat jetzt folgenden Text:

Der Magistrat wird aufgefordert, vor der etwaigen Erteilung einer Baugenehmigung für den Bereich Erlenring 13 im Bebauungsplan Nr. 7/3 den Bauantrag des Bauherren dem Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften vorzulegen, den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften zu hören und diesen an der Entscheidung zu beteiligen.

Der Stadtverordnete Flohrschütz (Bündnis 90/Die Grünen) hatte beantragt, den Antrag für erledigt zu erklären. Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde jedoch wieder zurückgezogen.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, den geänderten Antragstext abzulehnen. Aussprache wurde beantragt.

Zu TOP 14.1:

Der Bau- und Planungsausschuss hat diese Vorlage des Magistrats zur Kenntnis genommen und empfiehlt dies auch der Stadtverordnetenversammlung.

Nach den Ausschussberichten eröffnet der Stadtverordnetenvorsteher die Aussprache. Es sprechen Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Flohrschütz (Bündnis 90/Die Grünen), Schwebel (FDP), Metz (Marburger Linke), Sell (SPD) und erneut Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth hat im Rahmen seines Wortbeitrages eine schriftliche Wiedergabe seines Redebeitrages beantragt.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Vorlagen abstimmen.

Abstimmung des Top 13.14:
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU, bei Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Enthaltung der FDP und der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Abstimmung des TOP 13.15:
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und FDP, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der geänderte Antragstext des Tagesordnungspunktes 13.15 wird abgelehnt.

Abstimmung des TOP 14.1
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 13.15 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Beteiligung des Bau- und Planungsausschusses an einem Genehmigungsverfahren
Vorlage: VO/0706/2008

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 13.14 und 14.1 aufgerufen.

---

zu 13.16 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Sportentwicklungsplan
Vorlage: VO/0708/2008

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnerbier (SPD).

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss wie folgt ergänzt worden:

Der Magistrat wird beauftragt, bis zum 30.09.2009 einen Sportentwicklungsplan für die Universitätsstadt Marburg zu erstellen.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, bis zum 30.09.2009 einen Sportentwicklungsplan für die Universitätsstadt Marburg zu erstellen.

---

zu 13.17 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kommunale Folgen der internationalen Finanzmarktkrise
Vorlage: VO/0712/2008

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss ausführlich beraten worden. Der Magistrat hat alle aufgeworfenen Fragen beantwortet.

Die antragstellende Fraktion hat die Vorlage sodann zurückgezogen.

Eine Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung erübrigt sich daher.

---

zu 14 Kenntnisnahmen

---

zu 14.1 Bebauung des Grundstückes Erlenring 13 mit einer Studentenwohnanlage
Vorlage: VO/0624/2008

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 13.14 und 13.15 aufgerufen.

---

zu 14.2 Zertifizierung des Stadtwaldes nach FSC-/Naturlandrichtlinien
Vorlage: VO/0625/2008

Die Vorlage ist vom Magistrat zurückgezogen worden. Sie soll zunächst im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr beraten werden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur November-Sitzung.

---

zu 14.3 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 30.09.2008
Vorlage: VO/0704/2008

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 14.4 Genehmigung des I. Nachtragshaushaltes 2008
hier: Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen
Vorlage: VO/0717/2008

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:00 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsanträge
Ergänzende Antwort zur Kleinen Anfrage Nr. 23 „Auslastung der Tageseinrichtungen“